

## Rede WK – 70 Jahre FDP/DVP-Fraktion

Anrede

Seit über 70 Jahren hat der Liberalismus eine feste, gut wahrnehmbare parlamentarische Stimme im Südwesten. Die FDP hat in diesen 70 Jahren wahrlich Höhen und Tiefen erlebt, aber es gab eine Konstante: Die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

Das ist ein Erfolg, der einmalig ist. Er ist keineswegs damit zu erklären, dass wir uns im sogenannten „Stammland“ des deutschen Liberalismus befinden.

Der Grund für diesen Erfolg taugt insgesamt wenig für romantische Verklärungen, denn er ist schlicht das Resultat solider und guter Arbeit. Vor allem auch hier im Landtag.

Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Ich war ein Vierteljahrhundert Vorsitzender einer Landtagsfraktion und weiß, die parlamentarische Arbeit im Landtag ist nicht weniger aufreibend und anstrengend wie die im Deutschen Bundestag.

Jedes Land hat seine eigenen politischen Besonderheiten und Fallstricke. Man kann diese Arbeit nicht halbherzig verrichten und dann auf Erfolg hoffen. 70 Jahre Landtagsfraktion ist darum auch die Geschichte einer beispiellosen Kontinuität von Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die sich mit Leidenschaft und Herzblut für das Wohl ihres Landes eingesetzt haben.

Wer sich nach dem zweiten Weltkrieg dazu entschieden hatte, auf den Trümmern, der Nazi-Diktatur, dem politischen Liberalismus wieder eine Stimme zu geben, der wusste sehr genau, wie sich Unfreiheit anfühlt. Das galt auch für die Liberalen in den Ländern Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern. Es sind große Namen der bundesdeutschen Geschichte, die diese Zeit geprägt haben: Zuerst natürlich Theodor Heuss und Reinhold Maier, die für die DVP im ersten württembergisch-badischen Landtag saßen. Die Erfolgsgeschichte des politischen Liberalismus in der Nachkriegszeit wurzelt in dieser Zeit und bleibt mit diesen Namen verbunden. Das gilt nicht nur für Baden-Württemberg, sondern für die gesamte Bundesrepublik.

Jenen Gründervätern und -müttern, die sich in den Landtagen in Stuttgart, im Kloster Bebenhausen und in Freiburg aufmachten, das Land wieder aufzubauen, war klar, worauf sie sich eingelassen hatten. Denn die mentale Erschütterung, die die Niederlage in weiten Teilen der Bevölkerung mit sich brachte, war ja auch deshalb so massiv, weil zuvor der Glaube an die Überlegenheit des eigenen Volkes so groß war.

Die Fülle an Aufgaben für die demokratische Politik war in den Jahren nach dem Krieg jedenfalls riesig. Und die nachfolgenden politischen Entscheidungsträger wussten, sie mussten mit einer Gesellschaft umgehen, die nur wenige Jahre zuvor zu einem großen Teil den Anführern des antidemokratischen, tyrannischen und menschenverachtenden Deutschlands applaudiert hatte.

Reinhold Maier, dessen Frau und Kinder vor der Judenverfolgung der Nationalsozialisten nach England flohen, war das sicherlich schmerzlich bewusst, als er noch 1945 Ministerpräsident von Württemberg-Baden und schließlich 1952 erster Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde. Gleiches galt für Wolfgang Haußmann, den ersten Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP, der im Widerstand gegen die Nazis aktiv war.

Nicht obwohl, sondern wahrscheinlich genau wegen ihrer persönlichen Geschichte nahmen die beiden die Aufgabe an, am demokratischen Aufbau des Landes mitzuwirken. Und mit ihnen die FDP/DVP-Fraktion im Landtag, die gegen große Widerstände eine Koalition mit SPD und BHE einging.

So führte Reinhold Maier als FDP-Ministerpräsident das neu erschaffene Bundesland zusammen. Wahrlich keine einfache Aufgabe. Baden-Württemberg war das einzige Flächenland, das Teil von zwei Besatzungszonen war. Und mit Badenern, Schwaben, Franken und hunderttausenden von Heimatvertriebenen kamen unterschiedliche kulturelle Prägungen und Konfessionen zusammen. Als Außenstehender kann man sich das heute kaum noch vorstellen, aber der Zusammenschluss der drei Länder war damals keine Liebesheirat.

Widerstände kamen schon damals auch aus der eigenen Partei. Der Bundeshauptausschuss der FDP missbilligte diese Koalition und der hessische Landesverband forderte sogar den Parteiausschluss von Maier und Haußmann. Diese aber blieben unbeeindruckt und legten damit den Grundstein für die Erfolgsgeschichte der Freien Demokraten in Baden-Württemberg.

Unbeeindruckt zu bleiben trotz großer Widerstände ist seit jeher ein Markenkern der Südwest-Liberalen!

Ein gewisses Selbstbewusstsein ist der Fraktion, deren 70-jähriges Bestehen wir heute würdigen, also schon seit ihrer Geburt in die DNA geschrieben. Und man braucht es auch, wenn man politisch Verantwortung in einem Land übernehmen will.

Die Interessen der Bundesebene sind nicht immer identisch mit denen auf der Landesebene. Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist das Prinzip unseres Föderalismus und das gilt selbstverständlich auch für die politischen Parteien und Fraktionen.

Das landespolitische Selbstbewusstsein war gleichsam auch die Lebensversicherung der FDP in den Schicksalsjahren nach 2013. Nur mit starken und selbstbewussten Landtagsfraktionen konnten wir die Zeit der außerparlamentarischen Opposition im Bund überbrücken. Es waren die verbliebenen Landtagsfraktionen, zu denen auch die in Schleswig-Holstein gehörte, die über Jahre die Idee des politischen Liberalismus parlamentarisch repräsentierten und verteidigten.

## Anrede

Theodor Heuss formulierte schon 1910: „Eine liberale Partei wird nie eine einfache Schablone ertragen können. Sie wird verschiedene Dialekte und verschiedene Tonarten in sich dulden müssen, ihr Reichtum muss es sein, selbständige, unabhängige Männer und Frauen unter ihren Gliedern zu besitzen.“

Und es ist wahr: Die Freien Demokraten zeichnen sich seit jeher durch eigenständige Charaktere mit unabhängigem Geist aus. Das ist in Baden-Württemberg nicht anders als in Schleswig-Holstein. Was uns eint, ist die Idee der Freiheit für die wir streiten.

Aber auch der Freiheitsbegriff unterlag in den letzten 70 Jahren qualitativen Veränderungen.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg galt eher, dass die Menschen Freiheit „von etwas“ haben wollten.

- Freiheit von Hunger und Mangel,
- Freiheit von Unterdrückung,
- Freiheit von Krieg und so weiter.

Über die Jahrzehnte erfolgreicher Freiheitsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Freiheitsbegriff dankenswerterweise verschoben. Mittlerweile gilt eher, dass die Menschen vor allem Freiheit „zu etwas“ haben möchten.

- Freiheit zum Studieren,
- Freiheit zur Selbstverwirklichung,
- Freiheit zum Reisen.

Diese Veränderung ist das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses. Wir leben heute in einem sichereren und freieren Deutschland als unsere Eltern und Großeltern – dank vieler Menschen, die sich über die Jahrzehnte in ganz Deutschland für das demokratische Gemeinwesen eingesetzt haben. Das ist ein großer Erfolg der Idee der Freiheit und ihrer Vertreter wie Reinhold Maier, Wolfgang Haußmann und all der anderen, die sich in den letzten Jahrzehnten in dieser Landtagsfraktion um diese Entwicklung verdient gemacht haben.

Und es wird unsere Aufgabe bleiben, dass diese Erfolge nicht durch die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen zunichte gemacht werden.

Wenn heute Menschen wieder verstärkt Sorge um ihre Freiheit von Krieg, Hunger und Mangel haben, so ist das natürlich auch die Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine und der permanenten Drohungen Wladimir Putins an uns und unsere Verbündeten. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass die dadurch hervorgerufenen Ängste möglichst nicht die politische Agenda bestimmen.

Machen wir uns bewusst: In der Gedankenwelt Putins ist der Liberalismus eine unterlegene Weltanschauung. Er fürchtet und bekämpft ihn und ist deswegen darauf erpicht, der Welt die vermeintliche Unterlegenheit des politischen Liberalismus zu beweisen. Wir können und dürfen schon gar nicht den Eindruck entstehen lassen, er könnte damit Recht haben. Die Auseinandersetzung mit Russland ist wieder – wie in den dunkelsten Tagen des kalten Krieges – von Putin zu einer ideologischen Auseinandersetzung gemacht worden.

Putins Propaganda darf nicht zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Auch deswegen braucht es heute eine starke Stimme der Freiheit nicht weniger als vor 70 Jahren.



Während es damals auch darum ging, den Wohlstand als Lebensversicherung der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft zu mehren, geht es heute darum, diesen Wohlstand zu verteidigen. Die Sicherstellung von bezahlbarer Energie und der Kampf gegen die Inflation sind dabei zentrale Punkte, deren Lösung nur mit einer starken liberalen Kraft gelingen kann.

Es unterscheidet unsere liberale Demokratie von Autokratien, dass wir über diese Lösungen im Parlament streiten. Ein Parlament darf niemals zur bloßen Verkündungsplattform von Regierungshandeln verkommen.

Aus diesem parlamentarischen Selbstverständnis heraus erklärt sich die liberale Skepsis gegenüber Angela Merkels Narrativ der „Alternativlosigkeit“. Liberale wissen, dass es immer Alternativen gibt und dass unsere Aufgabe als Parlamentarier darin besteht, die beste Alternative zu finden und dafür zu streiten.

Und das „Whatever it takes“ in der Corona-Krise, das Vertreter nahezu aller unserer politischen Mitbewerber immer wieder wiederholten, ist für einen liberalen Parlamentarier selbstverständlich eine Zumutung.

Denn „Whatever it takes“ ist das Gegenteil des verfassungsrechtlich vorgegebenen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Der Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel!

Das sollte eigentlich eine Binsenweisheit sein. Genauso wie das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Gebot, wonach alle wesentlichen Entscheidungen in den Parlamenten getroffen werden müssen und nicht in den Hinterzimmern des Kanzleramtes.

Die Freien Demokraten haben das – auch hier im Land – in den vergangenen Jahren immer wieder eingefordert und sich nicht nur Freunde mit dieser Forderung gemacht. Aber Freie Demokraten lassen sich nun mal nicht in Parlamente wählen, um dann die Macht einfach zu delegieren.

Das sollte übrigens für jeden Parlamentarier des demokratischen Spektrums gelten. Wenn Robert Habeck etwa für „Bürgerräte“ wirbt, in denen zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger die Zukunft des Landes beraten sollen, frage ich mich, welchen Stellenwert eigentlich Parlamente in so einem Land haben sollen.

Und wenn die sogenannten Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ die Idee der Bürgerräte fleißig propagieren, müsste jedem klar werden, dass es sich dabei nicht um einen besonders demokratischen Vorschlag handelt.

Denn die Regeln der demokratischen Teilhabe sind den Mitgliedern der sogenannten „Letzten Generation“ in Wahrheit zu lästig und kompliziert. Wäre es anders, würden sie sich in Parteien engagieren und ihre Ideen und Vorschläge im demokratischen Wettbewerb durchsetzen.

Stattdessen kleben sie sich auf die Straße und ergehen sich in unproduktiven und diffusen Anklagen gegen die Generation ihrer Eltern und Großeltern, die den Wohlstand erwirtschaftet haben, der es ihnen ermöglicht, sich ohne Erwerbstätigkeit ganztägig auf Straßen zu kleben.

Mich wundert übrigens nicht, dass jetzt herausgekommen ist, dass zwei Klimaaktivisten ihre Strafverhandlung schwänzten, weil sie nach Bali in den Urlaub gejettet sind.

Es gehört schlicht zum Selbstverständnis vieler dieser Aktivisten, dass immer nur die anderen Schuld an allem möglichen haben können. Reflektion eigenen Verhaltens oder gar Selbstkritik sind Anklägern – und als solche verstehen sie sich ja - fremd. Das ist eine enorm bequeme Haltung. Besonders erwachsen ist so ein Verhalten im gesellschaftlichen Diskurs natürlich nicht.

Wenig erwachsen war auch die Reaktion der „Letzten Generation“ auf die Presseberichte über die Urlaubsreise nach Bali.

Da wurde ernsthaft erklärt: „Sie haben die den Flug als Privatleute gebucht und nicht als Klimaschützer. Das muss man auseinanderhalten“.

Die alleinerziehende Mutter, die wegen den Klimaaktivisten im Stau steht, der Azubi der zur spät zur Arbeit kommt und der Patient, der auf einen möglicherweise überlebenswichtigen Rettungseinsatz wartet, sind auch „Privatleute“, ohne dass sie auf Verständnis der Klimakleber hoffen können. Es gehört schon einiges dazu, vor diesem Hintergrund sich mit so einer Erklärung aus der Affäre ziehen zu wollen. Es zeugt zudem von einer bemerkenswerten persönlichen Unreife.

Es erstaunt mich daher, mit welcher Ernsthaftigkeit diese Gruppe in den Medien besprochen wird. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht ein Vertreter jener „Letzten Generation“ in einer der großen Talkshows zu Gast ist. Wir reden hier wohlgermerkt über eine Gruppierung, deren Mitgliederzahl irgendwo zwischen 80 und 600 liegen soll.

Nur zum Vergleich: Der Landesverband Württembergischer Karnevalsvereine steht für fast 60.000 Mitglieder in 141 Mitgliedsvereinen. Er hat also eine deutlich größere Relevanz und wahrscheinlich auch eine größere Ernsthaftigkeit als die „Letzte Generation“.

Trotzdem werden Sie die Sendung von „Markus Lanz“ lange suchen, in der Mitglieder der „Ellwanger Hexenzunft“ oder der „Narrenzunft Ochsenhausen“ über ihre Wünsche an eine bessere Zukunft referieren dürfen.

## Anrede

Der letzte Freiheitsindex des Institutes für Demoskopie Allensbach hat ergeben, dass sich nur noch 45 Prozent der Deutschen frei fühlen. Während der Corona-Pandemie im Jahr 2021 wurden sogar nur 36 Prozent gemessen. Vor vier Jahren waren es immerhin noch 51 Prozent, was aber keineswegs ein beruhigender Wert sein kann.

Wir stellen also fest: Die Pandemie hat unbestreitbar etwas im Freiheitsempfinden der Bevölkerung ausgelöst und ein bestehendes Problem noch einmal dramatisch verschärft. Wenn sich nur noch rund ein Drittel der Bevölkerung frei fühlt, wie es während der Hochphase der Pandemie der Fall war, kann das die Partei der Freiheit nicht kalt lassen.

Es wurde viel geschrieben über die Rolle der FDP in der Pandemiepolitik.

Darum lassen Sie mich heute - an dem Tag, an dem auf Druck der FDP endlich auch die Maskenpflicht in den Bahnen und Bussen beendet wurde - nur kurz erinnern, worüber wir teilweise in den letzten drei Jahren geredet haben:

Es gab die Maskenpflicht am Ostseestrand, Polizisten die den Abstand auf Demonstrationen mit „Abstandshölzern“ kontrolliert haben, Menschen die von Parkbänken gescheucht wurden, innerdeutsche Reisebeschränkungen und die von Herrn Kretschmann so schmerzlich vermissten Ausgangssperren. Was heute glücklicherweise schon wieder absurd klingt, wurde damals von einer breiten Mehrheit in Politik und Medien gutgeheißen und mit Feuereifer verteidigt. Gegenstimmen wurden empört zurückgewiesen und wer nicht schwieg, wurde zum „Corona-Leugner“ gestempelt. Dabei ist beides möglich: Die Gefahren des Virus angemessen und ohne Verharmlosung einzuschätzen und seinen gesunden Menschenverstand behalten.

Wer will sich wirklich darüber wundern, dass es gerade die Partei der Freiheit ist, die bei Grundrechtseinschränkungen in den Parlamenten ihre Stimme erhebt?

Ebenso darf es niemanden wundern, dass es Mitglieder dieser Fraktion sind, die einem Ministerpräsidenten ein deutliches Stopp-Schild setzen, wenn dieser offen für „nicht verhältnismäßige Maßnahmen“ wirbt.

Der mediale Gegenwind darf gestandene Parlamentarier nicht erschüttern, wenn es um das Prinzipielle und um die eigenen politischen Ideale geht.

Diese Prüfung wurde hier in Baden-Württemberg während der Corona-Pandemie mit Bravur gemeistert. Als die Landtagsfraktion vor fast genau einem Jahr einstimmig einen Beschluss gegen die allgemeine Impfpflicht fasste, war das ein Signal über Baden-Württemberg hinaus. Das war zu einer Zeit, als allein diese politische Position dafür reichte, von Teilen der Medien verächtlich gemacht und beschimpft zu werden.

Heute stellen wir fest: Hätte die FDP vor wenigen Monaten die allgemeine Impfpflicht nicht verhindert, wären nicht nur Unmengen an Geld verschwendet worden. Gesellschaftliche Gräben hätten sich vertieft und neue Verletzungen wären entstanden.

Wir haben das Land vor einer riesigen Blamage bewahrt, denn die Ziele, die mit einer allgemeinen Impfpflicht verfolgt wurden – keine Ansteckung und keine Weitergabe des Virus - waren nie erreichbar. Heute streitet das niemand mehr ernsthaft ab. Vor einem Jahr war das anders.

Anrede

Die Landtagsfraktion von FDP/DVP gehörte zu den beharrlichen Mahnern für die Freiheit in den letzten Jahren. Dafür möchte ich meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen!

Es bleibt die politische Aufgabe der Freien Demokraten, Grundrechtseinschränkungen jeden Tag zu hinterfragen. Es mag starke und weniger starke Eingriffe in die Grundrechte geben, aber es gibt in dieser Frage keine Bagatellisierung!

Das gilt selbstverständlich auch dann, wenn die FDP Teil der Bundesregierung ist. Vielleicht gilt es sogar umso mehr.

Und es gilt auch, wenn manch einer die aktuellen Krisen missbraucht, um schon mit neuen Grundrechtseinschränkungen zu liebäugeln. Sei es wegen der Energieversorgung oder dem Klimawandel.



Selbstverständlich ist der Staat dabei in der Pflicht, durch eigenes Handeln Krisen bestmöglich abzuwenden, ohne dabei zuerst an die Einschränkung der individuellen Freiheiten zu denken. Die Diskussion um die Atomkraftwerke bleibt für mich daher nicht aufgelöst. Solange diese einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität leisten können, sollten sie auch am Netz bleiben. Die Kraftwerke jetzt abzuschalten und dann womöglich im nächsten Winter mit empfindlichen Einschränkungen reagieren zu müssen, würde das Vertrauen in die Vernunft staatlichen Handelns erschüttern.

Grundrechtseingriffe bedürfen einer immer besseren Begründung, je länger sie aufrechterhalten werden. Es ist nicht die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, ihre Freiheit zurückzufordern, sondern es ist die Aufgabe der Exekutive, die Einschränkungen schnellstmöglich aufzuheben. Nicht die Menschen sind in der grundrechtlichen Holschuld. Der Staat und seine Organe sind in der argumentativen Bringschuld. Leisten sie diese Bringschuld nicht, müssen sie sich aus dem Leben der Menschen heraushalten.

Anrede

Ich bin 1971 – vor über 50 Jahren – in die FDP eingetreten. Damals hießen unsere liberalen Leit- und Vorbilder Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Werner Maihofer, Hildegard Hamm-Brücher und Karl-Hermann Flach. Und unser programmatischer Leitsatz lautete „in dubio pro libertate“. Im Zweifel für die Freiheit.

Der politische Anspruch, den wir damals vertreten haben, war, „mehr Freiheit für mehr Menschen“ zu erreichen. Wir sind immer von dem Standpunkt ausgegangen, dass die verfassungsmäßigen Rechte für jede und jeden in jeder denkbaren Situation zu schützen und zu wahren sind.

Es ist und es bleibt unsere Aufgabe, weiterhin für diesen Weg zu streiten. Auch Ausnahmesituationen erlauben nicht, dass wir uns von unserer verfassungsmäßigen Grundlage entfernen.

- Die Würde des Menschen bleibt unantastbar.
- Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit bleibt bestehen.
- Die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit bleiben unverrückbar – trotz Pandemie, trotz Klimawandel und trotz Energiekrise
-

Den Freien Demokraten obliegt es, auf diese Verfassungsprinzipien immer wieder zu pochen und diese jederzeit zu verteidigen. Denn es hat sich leider gezeigt: Wir sind die einzige ernstzunehmende Kraft in Deutschland, die sich für diese Prinzipien in den letzten Jahren stark gemacht hat.

Anrede

Wenn man mich fragt, was der Kern des politischen Auftrages der Freien Demokraten ist, verweise ich gerne auf die Worte von Karl-Hermann Flach, die er im Vorwort der Freiburger Thesen Anfang der 1970er formuliert hat:

„[Liberale] müssen jede Idee, jedes Konzept, jede Utopie, jedes Gesetz darauf abklopfen, ob sie in der Praxis wirklich mehr Freiheit für mehr Menschen bringen.

Sie müssen die ur-menschlichen Erfahrungen hüten, dass Macht und Gewalt sich immer mehr von ihren Ursprüngen und Zwecksetzungen entfernen, ein Eigengewicht annehmen und sich verselbständigen, dass am Ende verwerfliche Mittel niemals einem guten Zweck dienen können.“

Vergessen wir also nicht: **Freiheit ist mehr als nur ein Wort.**  
**Freiheit ist das, was wir alle daraus machen.**

Die FDP/DVP-Fraktion hat viel daraus gemacht. Dazu gratuliere ich recht herzlich und wünsche mir, dass es auch die nächsten 70 Jahre so bleibt.

Herzlichen Dank!